Wir brauchen dringend Kontakt zu unseren Familien, bitte ermöglichen Sie den Familiennachzug!

Verzweifelter Hilferuf der Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis Marburg-Biedenkopf an Kreisausschuss und Partizipationskommission

(Namen und Adresse der Absender liegen dem Mittelhessischen Landboten vor, werden aber aus Gründen des Datenschutzes nicht veröffentlicht.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an die Kommission "Partizipation und Teilhabe in Vielfalt" des Kreisausschusses Marburg-Biedenkopf mit einem dringenden Anliegen, das die Grundrechte der von uns betreuten unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge betrifft:

Derzeit ist der Familiennachzug in vielen Fällen ausgesetzt oder stark eingeschränkt. Dies führt dazu, dass diese jungen Menschen von ihren Familien getrennt bleiben, obwohl familiäre Bindungen einen zentralen Bestandteil ihres (psychischen) Wohlbefindens, ihrer Sicherheit, ihrer Integration und auch ihrer Grundrechte darstellen. Die Europäische Menschenrechtskonvention schützt unter anderem das Recht auf Familienleben. Dieses Recht umfasst das Recht von Eltern auf Sorgerecht und Kontakt zu ihren Kindern sowie das Recht der Kinder, bei ihren Eltern zu sein.

Wir bitten die Kommission zu prüfen, welche Hinderungsgründe derzeit für den Familiennachzug bestehen, und möchten darauf hinweisen, dass die strukturelle Verhinderung von Familiennachzügen nicht mit der europäischen Konvention für Menschenrechte vereinbar ist. Besonderes dann, wenn die leidtragenden Minderjährige sind.

Wir betonen die Dringlichkeit dieser Thematik im Kontext von Teilhabe, Integration und dem Schutz der Grundrechte sowie der Gesundheit. Eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung des Familiennachzugs würde nicht nur die individuellen Rechte der im Landkreis lebenden, Minderjährigen geflüchteten schützen, sondern auch das Vertrauen in den Staat stärken und langfristig positive Effekte auf das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Landkreis haben.

Getrenntlebende Jugendliche erleben dadurch Unsicherheit, Trauer und Verlustgefühle. Die Trennung untergräbt ihr Gefühl von Sicherheit, Zugehörigkeit und Identität.

- Die Perspektive der Zukunft wird stark eingeschränkt: Bildung, soziales Netz, vertraute Unterstützungsstrukturen und Stabilität fehlen, was Integration erschwert.
- Die Hoffnung auf Wiedervereinigung bleibt oft eine Quelle von Stress, während bürokratische Hürden, Unklarheiten im Verfahren und unklare Kommunikationswege zusätzlich belastend wirken.

Zusammengefasst: Die Trennung von Familien schafft akute Belastung, beeinträchtigt die Gesundheit und behindert nachhaltige Integration, während die Aussicht auf eine spätere Wiedervereinigung entscheidend für Stabilität und Zuversicht der betroffenen Jugendlichen ist.

Wir möchten Sie bitten, diesen Umständen im Rahmen der Funktion Ihrer Kommission Rechnung zu tragen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehen gern für weitere Informationen, konkrete Beispiele oder eine persönliche Aussprache zur Verfügung.

Just Brule

Unterzeichner dieser Eingabe sind konkret betroffene minderjährige Flüchtlinge unserer Wohngruppe.

Über die Reaktion des Kreisausschusses wird unter www.mittelhessischer-landbote.de selbstverständlich berichtet.